



Teilhabe von Gewerkschaften und Einbindung des sozialen Dialogs in zentrale politische Projekte

Handlungsoptionen für Arbeitnehmerorganisationen



Finanziert von der Europäischen Union.

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind ausschließlich die der Autorinnen und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder von EZA wider. Weder die Europäische Union noch EZA können für sie verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA),
Königswinter, www.eza.org

Autorinnen: Anne Guisset und Karolien Lenaerts

Layout und Satz:

HellaDesign, Emmendingen, www.helladesign.de

Umschlagsillustration von:

© Klaus Puth, Mühlheim/Main, www.klausputh.de

Übersetzung: Kern AG

Druck: Druckerei Eberwein, Wachtberg-Villip

Stand: März 2023

INHALTSVERZEICHNIS

1	Vorwort	5
2	Einleitung	6
3	Die zentralen politischen Projekte der EU und der soziale Dialog	9
4	Das Europäische Semester als Grundpfeiler für die Einbindung der Sozialpartner in zentrale politische Projekte	11
5	Schwerpunkte für die Stärkung der Teilhabe von Gewerkschaften und die Einbindung des sozialen Dialogs in zentrale politische Projekte	16
5.1	Bewusstsein für die Funktionsweise des Europäischen Semesters	16
5.2	Kompetenzaufbau von Gewerkschaften	17
5.3	Gut funktionierende Strukturen des sozialen Dialogs	19
5.4	Fallstudie: Internationales Seminar zum Thema „Die Rolle von arbeitsrechtlichen Systemen und Sozialschutzsystemen bei der Erreichung der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte“, das von CFTL (Centro de Formação e Tempos Livres) organisiert wurde	22
5.4.1	Einleitung	22
5.4.2	Soziale Rechte und Sozialpolitik in der EU	23
5.4.3	Herausforderungen für Wohlfahrtsstaaten	23
5.4.4	Die Zukunft der Sozialschutzsysteme	24

5.4.5	Der soziale Dialog: schwieriges Zusammenspiel zwischen nationalen und europäischen Ebenen	25
5.4.6	Schlussfolgerung	26
6	Allgemeine Schlussfolgerung	28
7	Referenzen	29

1 VORWORT

Im Rahmen des EZA-Bildungsprogramms zum europäischen sozialen Dialog 2022/23 hat HIVA einen Forschungsbericht mit dem Schwerpunkt auf der sozioökonomischen Governance der EU und auf der institutionellen Verwaltung von drei zentralen politischen Projekten erstellt: die europäische Säule sozialer Rechte (European Pillar of Social Rights, EPSR), der europäische Grüne Deal (EGD) und die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (Recovery and Resilience Plans, RRP), die in den Mitgliedstaaten in der Zeit nach der Coronapandemie umgesetzt werden sollen. Basierend auf diesem politischen Hintergrund wurde in dem Bericht versucht, Orte sowie Möglichkeiten und Hindernisse für die Einbindung des sozialen Dialogs und die Teilhabe von Gewerkschaften zu ermitteln. Dieser Ansatz ermöglichte die Erarbeitung von empfohlenen Maßnahmen, die Arbeitnehmerorganisationen als Teil des sozialen Dialogs anwenden können, um anhaltende, wirksame Maßnahmen im Rahmen der europäischen Governance zu verfolgen und um mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung strategisch zu den oben aufgeführten zentralen politischen Projekten beizutragen.

In dieser Broschüre wird der politische Rahmen der Forschungsarbeit erläutert und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen für Arbeitnehmerorganisationen zusammengefasst.

2 EINLEITUNG

Der soziale Dialog ist ein wichtiges Merkmal der europäischen sozialen Marktwirtschaft. Ein wichtiger Meilenstein für die Anerkennung des sozialen Dialogs auf der Ebene der Europäischen Union (EU) wurde 1985 gelegt. Die Sozialpartner auf EU-Ebene – der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), die Union der Industrien der Europäischen Gemeinschaft (UNICE, 2007 umbenannt in BusinessEurope) und der Europäische Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP, 2020 umbenannt in SGI Europe) – trafen sich im Château de Val-Duchesse im Süden von Brüssel unter der Leitung von Jacques Delors, dem damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission. Zur damaligen Zeit galt der soziale Dialog auf EU-Ebene als notwendiges Mittel zum Ausgleich der starken wirtschaftlichen Ausrichtung des Europäischen Ausschusses und als wichtiger Grundpfeiler der sozialen Dimension (Lapeyre 2018). Durch die Einladung der Sozialpartner als Organisationen anstelle der Einladung ihrer Führungskräfte als Personen wollte Delors die Legitimität der Sozialpartner sowie ihre Rolle als zentrale Akteure bei Sozialfragen fördern (Lapeyre 2018). Diese wichtige Rolle wurde von der Kommission unter Juncker erneut bestätigt, die den sozialen Dialog mit einer hochrangigen Konferenz im März 2015 wieder in den Vordergrund rückte. Auf der Konferenz wurde über Möglichkeiten gesprochen, den sozialen Dialog auf EU-Ebene und in den EU-Mitgliedstaaten zu stärken, während zudem die Verbindung des sozialen Dialogs zwischen diesen Ebenen verbessert werden sollte. Auf diese hochrangige Konferenz folgte eine gemeinsame Erklärung, die von den Sozialpartnern auf EU-Ebene im Januar 2016 verabschiedet wurde. Die Zielsetzung der Erklärung bestand neben anderen Zielen darin, eine umfangreichere Einbindung der Sozialpartner in die politische Entscheidungsfindung in der EU zu erreichen, insbesondere im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Governance der EU und dem Europäischen Semester.

Der soziale Dialog in der EU und der soziale Dialog in den Mitgliedstaaten müssen sich heute mit mindestens zwei Hauptmerkmalen der EU-Politik auseinandersetzen. Erstens basiert die Governance-Architektur der EU in ihrem Verhältnis zu den Mitgliedstaaten nun auf dem Europäischen Semester. Zweitens ist die aktuelle Art der politischen Entscheidungsfindung in der EU von der Erarbeitung „zentraler politischer Projekte“ bzw. von politischen Paketen gekennzeichnet, die eine ganze Reihe von Zielen, Maßnahmen und Mitteln zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen umfassen: soziale Ungleichheiten, Klimawandel und in jüngerer Zeit der wirtschaftliche Aufschwung in der Zeit nach der Coronakrise. Diese drei zentralen politischen Projekte sind in ihrem Bestreben, eine widerstandsfähige EU aufzubauen, und in ihrer Governance durch das Semester miteinander verbunden.

Diese zentralen politischen Projekte haben offensichtlich Auswirkungen auf die Kernthemen des sozialen Dialogs: Beschäftigung, Arbeitsbedingungen usw. Trotz der größeren Aufmerksamkeit und der stärkeren Bemühungen zur Förderung des sozialen Dialogs kamen Fragen zur Teilhabe und Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs bei den zentralen politischen Projekten, die auf EU-Ebene aufgestellt werden, auf. Darüber hinaus erscheinen diese Entwicklungen in einem Kontext großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen, die durch weltweite Trends wie den technologischen Wandel, die Globalisierung, den demografischen Wandel und den Klimawandel angetrieben werden und sich durch die Coronapandemie noch beschleunigten.

Die Beiträge von Gewerkschaften zu den zentralen politischen Projekten in der Europäischen Union sind nicht selbstverständlich. Frühere Untersuchungen zu diesem Thema ergaben eine eher pessimistische Diagnose in Bezug auf die Einbindung von Gewerkschaften in Angelegenheiten der EU. Bei der Analyse der sozialen Dimension innerhalb der Lissabon-Strategie und der Strategie Europa 2020 kam Hyman 2011 zu dem Schluss, dass Gewerkschaften „innerhalb der politischen Entscheidungsfindung der EU deutlich an den Rand gedrängt werden“ (Hyman 2011, S. 25). In

jüngerer Zeit fand Sabato heraus, dass nationale Gewerkschaften das Gefühl haben, dass sie nur wenig Einfluss auf die Ergebnisse des Prozesses des Europäischen Semesters haben (Sabato 2020). Man könnte die Frage stellen, ob man im Fall von neueren zentralen politischen Projekten, die auf EU-Ebene verabschiedet werden, wie die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, der europäische grüne Deal und die Aufbau- und Resilienzfazilität, zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen könnte.

3 DIE ZENTRALEN POLITISCHEN PROJEKTE DER EU UND DER SOZIALE DIALOG

Die europäische Säule sozialer Rechte, der europäische grüne Deal und die Aufbau- und Resilienzpläne sind zentrale politische Projekte, die als „politischer Rahmen“ dienen: Sie umfassen mehrere Ziele, dienen als Grundlage für zahlreiche politische Maßnahmen und Reformen und haben darüber hinaus Einfluss auf die Gestaltung von Governance-Mechanismen. Durch diese Merkmale lässt sich ein übergreifender Einfluss auf die EU-Politik ausüben.

Erstens kann die europäische Säule sozialer Rechte als das sinnbildliche Ergebnis eines fortschrittlichen Weges angesehen werden, der die soziale Dimension in der EU-Politik gefördert hat. Als solches stellte die Verabschiedung der europäischen Säule sozialer Rechte und schließlich ihre Umsetzung, die innerhalb des Semester überwacht werden sollte, die traditionelle Asymmetrie zwischen der ökonomischen und sozialen Dimension in Frage, die bisher die politische Entscheidungsfindung in der EU gekennzeichnet hatte. Anschließend wurde durch den europäischen grünen Deal ein Paradigmenwechsel eingeleitet, indem Klimaneutralität als Voraussetzung für die Gestaltung jeglicher politischer Maßnahmen auf EU-Ebene sowie für die Koordinierung nationaler Maßnahmen durch das Europäische Semester eingeschlossen wurde. Und schließlich leiten die Aufbau- und Resilienzpläne den Aufschwung nach der Pandemie in den Mitgliedstaaten und schließen Ziele und strategische Grundsätze aus der europäischen Säule sozialer Rechte und dem europäischen grünen Deal mit ein, indem sie zu deren Umsetzung beitragen.

Im Hinblick auf den sozialen Dialog und die Einbindung der Sozialpartner bei der politischen Entscheidungsfindung haben diese drei zentralen po-

litischen Projekte mit Sicherheit einen Einfluss. Ihr Inhalt ist mit dem „Kerngeschäft“ des sozialen Dialogs verbunden und betrifft politische Bereiche wie Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Sozialpolitik, Industriepolitik usw. Es wird erwartet, dass sich die Grundsätze und Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte, des europäischen grünen Deals und der Aufbau- und Resilienzpläne auf diese drei politischen Bereiche auswirken werden. Die Überprüfung politischer Dokumente im Zusammenhang mit den zentralen politischen Projekten, die von den Institutionen der EU veröffentlicht wurden (Mitteilungen, Leitlinien, Empfehlungen, Verordnungen usw.) deutet auf eine Annäherung hin, um die Einbindung des sozialen Dialogs gemeinsam mit der Förderung der Teilhabe der Sozialpartner weiter voranzutreiben. Allerdings ist eine derartige Einbindung und Teilhabe in der Regel auf Konsultationsprozesse beschränkt (deren Qualität sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheidet), bei denen die Sozialpartner um unverbindliche Beiträge gebeten werden.

Die Vielschichtigkeit der EU-Governance stellt eine weitere Herausforderung für die Einbindung des sozialen Dialogs dar. Die Vielfältigkeit nationaler Zusammenhänge und Traditionen des sozialen Dialogs beeinflusst die Bedingungen sowie die Qualität der Teilhabe der Sozialpartner. Aus der Sicht der europäischen Institutionen kann eine Gewährleistung der Einbindung des sozialen Dialogs auf der Ebene der Mitgliedstaaten nur durch sanfte Handlungsmöglichkeiten erfolgen. Die EU kann den sozialen Dialog innerhalb der Mitgliedstaaten nur beeinflussen, indem sie nationale Regierungen und Sozialpartner ermutigt und unterstützt, sich am sozialen Dialog zu beteiligen, insbesondere bei jedem zentralen politischen Projekt (wie der europäischen Säule sozialer Rechte, dem europäischen grünen Deal und den Aufbau- und Resilienzplänen). Im Hinblick auf die Zuweisung von Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und auf die Autonomie der nationalen Sozialpartner können die Institutionen der EU den Mitgliedstaaten nicht die Anwendungsverfahren des sozialen Dialogs vorschreiben. Dieser eingeschränkte Handlungsspielraum der EU-Institutionen begrenzt die Möglichkeiten der weiteren Einbindung des sozialen Dialogs in die Umsetzung dieser politischen Projekte auf der Ebene der Mitgliedstaaten.

4 DAS EUROPÄISCHE SEMESTER ALS GRUNDPFEILER FÜR DIE EINBINDUNG DER SOZIALPARTNER IN ZENTRALE POLITISCHE PROJEKTE

Das Europäische Semester ist eine „Governance-Regelung“ (Sabato & Fronteddu 2020), die in der Zeit nach der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 ins Leben gerufen wurde. Es wurde als Überwachungsinstrument für den Haushalt nach dieser Krise geschaffen. Daraus ist dann ein Koordinierungsinstrument für soziale, wirtschaftliche und ökologische Maßnahmen entstanden (Creel et al. 2021). Aus horizontaler Perspektive soll es Ziele aus zentralen politischen Programmen in die Strategien der Institutionen der EU (wie sie in Dokumenten wie dem Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum dargelegt werden) und in die politischen Maßnahmen und Reformen, die von den Mitgliedstaaten verabschiedet werden, einbringen. Dies kann sich kompliziert gestalten, da sich das Europäische Semester mit unterschiedlichen Zielen und dem Druck aus unterschiedlichen politischen Projekten befassen muss (Vanhercke & Verdun 2022). Sabato und Fronteddu (2020, S. 33) haben zusammengefasst, was dafür erforderlich ist:

„Eine umfassende Analyse der Synergien und Kompromisse zwischen den Zielen, Initiativen und Empfehlungen, die von der EU in den unterschiedlichen politischen Bereichen des Semesters vorgeschlagen werden, würde ein hohes Maß an politischer Integration und Koordinierung zwischen den verschiedenen institutionellen Akteuren für wirtschaftliche, soziale und ökologische Maßnahmen sowie eine Verbesserung ihrer analytischen Kompetenzen erfordern.“

Die Integration des Aktionsplanes der europäischen Säule sozialer Rechte und der Ziele des europäischen grünen Deals haben das Semester bereits auf den Weg der Koordinierung geführt. Das Semester gilt auch als Mittel zur Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in die Politik der EU und der Mitgliedstaaten, obwohl die Einbindung der europäischen Säule sozialer Rechte und des europäischen grünen Deals innerhalb des Europäischen Semesters die Umsetzung einiger Ziele für nachhaltige Entwicklung bereits abdeckt (Sabato & Mandelli 2021).

Aus vertikaler Perspektive muss das Semester die Kohärenz der Orientierung, Verabschiedung und Umsetzung von Maßnahmen zwischen den internationalen, europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen (mit der Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung) sicherstellen. Von der EU-Ebene bis zu den nationalen Ebenen prägen die drei zentralen politischen Projekte der EU die Maßnahmen, die in den Mitgliedstaaten verabschiedet oder reformiert werden. Darüber hinaus stellen sie auch ein Zusammenspiel zwischen der EU- und der internationalen Ebene dar, indem sie zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN auf EU-Ebene beitragen. Die Koordinierung zwischen den unterschiedlichen Governance-Ebenen erfolgt durch weiche (formal nicht bindende) Governance-Mittel, macht es für die Mitgliedstaaten jedoch schwierig, zu handeln, ohne sie dabei zu berücksichtigen. Wie von Verdun und Zeitlin dargelegt (2018, S. 138):

„Auch wenn das Semester keine rechtliche Übertragung von Souveränität von den Mitgliedstaaten auf EU-Ebene umfasst, hat es den Institutionen der EU bei der Überwachung, genauen Prüfung und Lenkung der nationalen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik dennoch eine sichtbarere und maßgebendere Rolle verliehen als jemals zuvor.“

Die Hinzufügung politischer Projekte, die vom Semester koordiniert werden sollen, insbesondere seit der Verabschiedung der Aufbau- und Resilienzpläne, hat die weiche Governance des Semesters verfestigt (Vanhercke & Verdun 2022).

Die Schaffung des Europäischen Semesters wurde als echter „Quantensprung“ in der EU-Governance mit größerem Einfluss der EU-Institutionen auf nationale Entscheidungsfindungsprozesse wahrgenommen (Vesan et al. 2021). Die wichtige Stellung des Semesters hat auch Einfluss auf die Dynamik des sozialen Dialogs, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Bezüglich des europäischen sozialen Dialogs beinhaltet der Governance-Rahmen, der auf Koordinierungs- und Überwachungsaufgaben des Semesters basiert, keine spezifische Regelung für die Einbindung des sozialen Dialogs. Der europäische soziale Dialog stützt sich weiterhin auf bestehende Mechanismen (Artikel 154-155 AEUV), die in den Verträgen geregelt sind. Es ist bereits bekannt, dass es dem europäischen sozialen Dialog nicht gelingt, dass die europäischen Sozialpartner regelmäßig an formellen Verhandlungen teilnehmen, und noch weniger, verbindliche Vereinbarungen hervorzubringen (Pochet & Degryse 2016). Der europäische soziale Dialog wird daher als schwaches politisches Instrument wahrgenommen. Die Stellung des Europäischen Semesters bei der Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik verleiht den Institutionen der EU und vor allem der Europäische Kommission eine führende Rolle bei der politischen Entscheidungsfindung, lässt jedoch wenig Raum für eine weitere Teilhabe der Mechanismen des europäischen sozialen Dialogs, obwohl die Kommission weiterhin Konsultationen mit den Sozialpartnern abhält. Zur Überwindung dieses Hindernisses fordern einige Gewerkschaften (wie der EGB) und institutionelle Gremien (wie der EWSA) einen dauerhaften Koordinierungsmechanismus zwischen dem Semesterprozess und dem sozialen Dialog (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2021; Europäischer Gewerkschaftsbund 2021). Ein derartiger Mechanismus steht jedoch noch nicht auf der Agenda der Kommission. Nichtsdestotrotz werden durch die Initiative zur Unterstützung des sozialen Dialogs, die in der dritten Amtszeit 2022 starten soll, Maßnahmen ergriffen. Die Initiative wird die folgenden vier Maßnahmen umfassen (die bereits im Nahles-Bericht genannt wurden):

- (1) Start einer Auszeichnung für innovative Verfahren des sozialen Dialogs

- (2) Informations- und Besuchsprogramme für junge, zukünftige Führungskräfte des sozialen Dialogs
- (3) Überprüfung des sektoralen sozialen Dialogs auf EU-Ebene und
- (4) ein neuer Unterstützungsrahmen für Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-Ebene (Europäische Kommission 2021).

Diese Maßnahmen entsprechen der Bereitschaft der EU-Institutionen zur Förderung des sozialen Dialogs.

Auf nationaler Ebene kann die vielschichtige Rolle des Semesters auch als Gefährdung des nationalen sozialen Dialogs und der Einbindung nationaler Sozialpartner angesehen werden. Da den nationalen Regierungen dadurch die Einhaltung der Haushalts- und Steuerdisziplin vorgeschrieben wird, lässt dieser Prozess nur wenig Raum für zwei- oder dreigliedrige Verhandlungen, bei denen Sozialpartner in die Gestaltung sozioökonomischer Maßnahmen eingebunden werden. Zur gleichen Zeit nutzen die EU-Institutionen das Europäische Semester jedoch, um nationalen Regierungen einen Anreiz zu bieten, damit diese nationale Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft in die Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen stärker einbinden. So kann das Semester beispielsweise durch länderspezifische Empfehlungen eine Rolle bei der Förderung der Einbindung des sozialen Dialogs und der Teilhabe der Sozialpartner spielen. Im Jahr 2020 erhielten 12 Mitgliedstaaten länderspezifische Empfehlungen, „in denen die Notwendigkeit zur stärkeren Einbindung der Sozialpartner in Entscheidungsfindungsprozesse“ und in denen ihre Unterstützung dargelegt wurde, damit sie an der politischen Entscheidungsfindung aktiv teilhaben können (Rainone 2020). In dieser Hinsicht kann das Semester als Unterstützungsinstrument zur Stärkung des nationalen sozialen Dialogs angesehen werden.

Angesichts dieser Überlegungen ist der Einfluss des Europäischen Semesters auf die Einbindung des sozialen Dialogs ambivalent. Tarifverhand-

lungen und die Mitentscheidungskompetenz der Sozialpartner durch die Formulierung von Tarifverträgen spielen in diesem Governance-Rahmen bisher keine entscheidende Rolle. Und trotzdem wurde im Narrativ aus den EU-Institutionen, die in die zentralen politischen Projekte eingebunden sind, die Bedeutung des sozialen Dialogs in den Entscheidungsfindungsprozessen betont. Zudem werden Bedenken über die demokratische Dimension und die Rechenschaftspflicht des Semesters geäußert (Papa-dopoulos & Piattoni 2019). Die europäischen Institutionen haben bereits versucht, das Semester demokratischer zu gestalten, beispielsweise indem sie einen Aufbau- und Resilienzdialog zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ins Leben gerufen haben. Die demokratische Dimension des Semesters könnte noch weiter verbessert werden, indem die Teilhabe der Sozialpartner gefördert und die Mechanismen des sozialen Dialogs formal in den aktuellen europäischen Governance-Rahmen mit dem Schwerpunkt auf dem Semester eingebunden werden.

5 SCHWERPUNKTE FÜR DIE STÄRKUNG DER TEILHABE VON GEWERKSCHAFTEN UND DIE EINBINDUNG DES SOZIALEN DIALOGS IN ZENTRALE POLITISCHE PROJEKTE

In diesem Abschnitt sind Überlegungen enthalten, die zu einer stärkeren Einbindung des sozialen Dialogs und einer besseren Teilhabe von Gewerkschaften an zentralen politischen Projekten der EU beitragen sollen.

5.1 Bewusstsein für die Funktionsweise des Europäischen Semesters

Eines der Ziele des Versuches zur Neugestaltung des sozialen Dialogs durch den ehemaligen Kommissionspräsidenten Juncker bestand darin, das Bewusstsein der Sozialpartner dahingehend zu erhöhen, was im Rahmen des Europäischen Semesters vorgesehen ist. Allerdings bleibt er in den Augen vieler Interessenvertreter:innen, insbesondere auf nationaler Ebene, eine bürokratische Aufgabe zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Verwaltungen mit nur geringer Resonanz auf nationaler Ebene (Vanheuverzwijn & Crespy 2018). Um eine Teilhabe nationaler Sozialpartner an zentralen politischen Projekten, die innerhalb des Semesters angegangen werden, fördern zu können, muss ihr Wissen darüber ausgebaut werden. So ließen sich beispielsweise ihre Teilhabe-kompetenzen ausbauen, indem ihre Einbindung rechtzeitig organisiert wird, damit sie zu den verschiedenen Phasen des Semesters passen. Auch der Ausbau von Wissen über das Semester würde den Sozialpartnern

dabei helfen, proaktive Strategien zu erarbeiten, einsatzbereit zu sein und mit ihren Positionen und Bedenken spontan auf ihre nationalen Regierungen zugehen zu können, die sie dann beispielsweise in ihre Länderberichte aufnehmen könnten. In dieser Hinsicht könnte die Integration der Aufbau- und Resilienzpläne innerhalb des Semesters Anreize für eine stärkere Einbindung von Gewerkschaften bieten. Diese Umstände (das neu gestaltete Semester, das die Aufbau- und Resilienzpläne einschließt) sind für eine stärkere Einbindung der Sozialpartner günstiger. Eine weitere Dimension, die die Einbindung der Sozialpartner fördern könnte, ist eine bessere Verbindung zwischen den Beiträgen der nationalen und der europäischen Sozialpartner zum Semester. Dies passt zu der Arbeit, die einige europäische Gewerkschaften bereits leisten, um mit ihren Mitgliedern in Verbindung zu treten, deren Ideen zu sammeln und ihnen Informationen zu den zentralen europäischen politischen Programmen zu liefern. Auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss könnte zusätzlich zu den Maßnahmen, die bereits von der Gruppe „Europäisches Semester“ innerhalb des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses koordiniert werden, Unterstützung anbieten.

5.2 Kompetenzaufbau von Gewerkschaften

Kompetenzaufbau wird oft als notwendiger Faktor für eine erfolgreiche Teilhabe von Gewerkschaften an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen genannt (Eurofound o. D.). Die IAO hebt noch spezifischer die Notwendigkeit für Gewerkschaften hervor, ihre Analysekompetenzen zu stärken und den Wandel, der in der Arbeitswelt von statten geht, zu verstehen, ihre eigenen institutionellen und organisatorischen Prozesse zu stärken und sich an innovativen Strategien zu beteiligen, während sie weiterhin in Bildungs- und Schulungsprogramme investieren (Internationales Arbeitsamt 2022).

Solche Bemühungen hängen von den Mitteln ab, die Gewerkschaften zur Verfügung stehen. In dieser Hinsicht besteht eine Diskrepanz zwischen

den Mitgliedstaaten in Bezug auf verfügbare Mittel für Sozialpartner, Wirtschafts- und Sozialräte oder andere Vertretungsgremien, an denen die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten beteiligt sind. Länderspezifische Empfehlungen von 2020 und 2021 zielen auf ausgewählte Mitgliedstaaten ab und enthalten Empfehlungen zur Verbesserung der Strukturen des sozialen Dialogs, um den sozialen Dialog und die Kompetenzen der Sozialpartner zu stärken (Rainone 2020). Der Europäische Sozialfonds Plus steht ebenfalls bereit, um Maßnahmen zum Kompetenzaufbau für nationale Sozialpartner zu finanzieren. Verbesserungen beim Kompetenzaufbau würden Gewerkschaften dazu ermutigen, in politischen Entscheidungsfindungsprozessen eine proaktive Rolle einzunehmen und Sozialpartner dazu zu animieren, sich mit Regierungen zusammensetzen, wenn sie dies als notwendig erachten.

Den Kompetenzaufbau von Gewerkschaften zu fördern, bedeutet auch, ihr Fachwissen über die Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch Kenntnisse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitsmärkte. Die Politik funktioniert nicht mehr in Silos, und die jüngsten zentralen politischen Projekte haben einen übergreifenden Einfluss auf fast jede neue Politik oder Reform im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich und darüber hinaus. So hat zum Beispiel das Ziel, in den kommenden Jahrzehnten CO₂-Neutralität in der EU zu erreichen, Auswirkungen auf die Gestaltung von beinahe jeder Politik oder Reform (Bongardt & Torres 2022). Infolgedessen gehen Verhandlungsthemen innerhalb der Gremien des sozialen Dialogs zunehmend über die traditionellen Diskussionsthemen des sozialen Dialogs hinaus (Eurofound 2018). Bezüglich dieser Themen besitzen einige Organisationen der Zivilgesellschaft ein sehr spezifisches Wissen, das von den Gewerkschaften mobilisiert werden könnte. Dies kann zu Allianzen zwischen Gewerkschaften und Organisation der Zivilgesellschaft, wie Umweltorganisationen, führen (Soder et al. 2018). Die Investition in eine derartige Koalitionsbildung könnte auch eine Möglichkeit sein, die Fähigkeit von Gewerkschaften zu stärken, an Konsultationen und Diskussionen im Zusammenhang mit zentralen politischen Projekten aktiv teilzuhaben, die

verschiedene Themen umfassen. In dieser Hinsicht lässt die Koalitionsbildung zwischen Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft die Notwendigkeit entstehen, die Qualität interner demokratischer Prozesse innerhalb von Gewerkschaften sicherzustellen. Gewerkschaften müssen zu den unterschiedlichen Bestandteilen in den zentralen politischen Projekten und zu den strategischen Möglichkeiten zur Vermittlung dieser Positionen in den politischen Debatten Stellung beziehen (einschließlich der Bildung von Allianzen mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft). Dafür ist die Qualität der internen demokratischen Mechanismen entscheidend, um sicherzustellen, dass alle Mitglieder die Möglichkeit haben, zur Gestaltung von Positionen und Strategien der Gewerkschaften beizutragen (Thomas & Pulignano 2021).

Auf der anderen Seite erzeugt die Einbindung von Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam mit den Sozialpartnern zusätzlichen Druck auf den sozialen Dialog und wirkt sich auf die abnehmende Dominanz der traditionellen Sozialpartner aus. Die Pluralisierung der Akteure in der Debatte hat direkte Auswirkungen auf die Institutionen des sozialen Dialogs, indem das Risiko für eine zunehmende Zersplitterung der Interessen größer wird. Traditionelle Sozialpartner stehen möglicherweise vor dem Dilemma der Stärkung des sozialen Dialogs in seiner ursprünglichen Form und seinen ursprünglichen Verfahren, um seine etablierte Funktionsweise zu gewährleisten, während sie sich auch mit sich verändernden Merkmalen des Arbeitsmarktes befassen und das Vorhandensein anderer Interessenvertreter:innen an ihrer Seite anerkennen müssen.

5.3 Gut funktionierende Strukturen des sozialen Dialogs

Im Jahr 2016 wurde im Programm „Neustart für den sozialen Dialog“ Folgendes festgehalten: „Der europäische soziale Dialog kann ohne einen gut funktionierenden und wirksamen sozialen Dialog auf nationaler

Ebene nicht erfolgreich sein. Dafür ist ein förderlicher institutioneller Rahmen notwendig“ (Europäische Kommission 2016, S. 3). Allerdings macht es bisher den Anschein, dass nationale Gewerkschaften mit ihrer Teilhabe am mehrschichtigen Governance-Rahmen, der sich mit zentralen politischen Projekten der EU befasst, unzufrieden sind (Contreras & Sanz 2022; Sabato et al. 2018).

Eines der Hindernisse für die Teilhabe von Gewerkschaften hängt mit dem Zeitpunkt ihrer Einbindung in die Konsultationsprozesse zusammen. Während die Europäische Kommission auf mehr Konsultationen mit Sozialpartnern drängt, ist die Geschwindigkeit des Entscheidungsfindungsprozesses gemäß dem Zeitplan des Semesters straff und gedrängt, wie oben beschrieben. Infolgedessen ist der Zeitpunkt für Konsultationen begrenzt, was zu Frustration unter den Teilnehmer:innen führt.

Das zweite Hindernis hängt mit den Phasen der politischen Entscheidungsfindung zusammen. In den meisten Fällen finden die Konsultationen mit den Sozialpartnern vor der Umsetzungsphase statt. Die Umsetzungsphase ist für die Sozialpartner jedoch entscheidend, da sie direkte Folgen für ihre Mitgliedsorganisationen vor Ort hat. Daher besteht die Notwendigkeit, die Teilhabe von Gewerkschaften während der Umsetzung politischer Projekte auf der Ebene der Mitgliedstaaten formal zu stärken und zu koordinieren.

Darüber hinaus kann der unverbindliche Charakter der Konsultationsergebnisse ein Hindernis für die Teilhabe von Gewerkschaften darstellen. Eine aktive Einbindung in einen Konsultationsprozess kann für eine Gewerkschaft kostspielig sein. Gewerkschaftsorganisationen müssen bewerten, ob sich diese Art von Einbindung lohnt. Bisher haben die Sozialpartner ihre Beiträge als rein informativ für die europäischen Institutionen wahrgenommen (Rodríguez Contreras 2022). Gemäß den Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung (2021) haben die Mitarbeiter:innen der Europäischen Kommission Interesse an evidenzbasierten Analysen und Rückmeldungen zur Umsetzung der politischen Maßnahmen. Dies

hat Einfluss auf die Konsultationsprozesse, die nach den eigenen Bedürfnissen und Prioritäten der Kommission organisiert werden. Allerdings haben die europäischen Sozialpartner in ihren gemeinsamen Beiträgen nach dem Nahles-Bericht die Notwendigkeit ermittelt, dass sinnvollere Konsultationen der Sozialpartner notwendig sind, die von der Kommission organisiert werden (Europäischer Gewerkschaftsbund et al. 2020). „Sinnvollere“ Konsultationen würden partizipatorische Verfahren umfassen, die Rückmeldungen von Regierungen, Beratungen und die Mitgestaltung von politischen Maßnahmen durch Sozialpartner und politische Entscheidungsträger:innen enthalten könnten, sozusagen als weiteren Schritt zur Stärkung und Vertiefung der Teilhabe der Sozialpartner.

Neben sinnvolleren Konsultationsprozessen müssen auch Tarifverhandlungen und die Annahme von Tarifverträgen durch die Sozialpartner gefördert werden. Diese Arten der Einbindung sind am stärksten und lohnenswertesten in Bezug auf die Kontrolle der Sozialpartner in Entscheidungsfindungsprozessen. Tarifverhandlungen sind zudem ein spezifisches Recht der Sozialpartner, das sie von anderen Organisationen der Zivilgesellschaft unterscheidet. Es ist entscheidend, dass Tarifverhandlungen eine zentrale Praxis in den Strukturen des sozialen Dialogs bleiben. Andernfalls riskiert der soziale Dialog, als simple konsultative Bühne ohne Garantien in Bezug auf den Einfluss auf die daraus hervorgehenden Ergebnisse kleingeredet zu werden.

5.4 Fallstudie: Seminar zum Thema „Die Rolle von arbeitsrechtlichen Systemen und Sozialschutzsystemen bei der Erreichung der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte“, das von CFTL (Centro de Formação e Tempos Livres) organisiert wurde

5.4.1 Einleitung

Das von CFTL in Zusammenarbeit mit Base-FUT und EZA organisierte und von der Europäischen Union finanzierte Seminar sollte die Rolle von arbeitsrechtlichen Systemen und Sozialschutzsystemen bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR) untersuchen. Das Seminar fand vom 3.–5. Februar 2023 in Cartaxo, Portugal, statt. Es kamen Fachleute und Expert:innen aus den Bereichen sozialer Dialog und Sozialpolitik zusammen. Die unterschiedlichen Hintergründe und Nationalitäten der Referent:innen und Teilnehmer:innen ermöglichten eine vielschichtige Diskussion zu diesem wichtigen Thema.

Dieses Seminar bot HIVA-KU Leuven die Möglichkeit, einige der Ergebnisse der im Auftrag des EZA durchgeführten Studie zur „Teilhabe von Gewerkschaften und Einbindung des sozialen Dialogs in zentrale politische Projekte“ vorzustellen. Aufgrund des zentralen Themas des Seminars wurde im Vortrag derjenige Teil des Berichts hervorgehoben, der sich mit der europäischen Säule sozialer Rechte und der Rolle der Sozialpartner bei der Verabschiedung und Umsetzung befasst.

In den folgenden Abschnitten wurden zentrale Punkte betont, auf die während der beiden Tage mit Debatten und dem Austausch von Ansichten ein besonderer Schwerpunkt gelegt wurde.

5.4.2 Soziale Rechte und Sozialpolitik in der EU

Auf der Eröffnungssitzung wurde hervorgehoben, dass die „soziale“ Dimension für demokratische Staaten wesentlich ist, und auf dem Seminar wurde über die Annäherung der Werte zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der EU als Weltregion gesprochen. Die Gestaltung der Sozialpolitik ist tatsächlich Teil der demokratischen Prozesse, bei denen Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft eingebunden sind. So hatte Portugal beispielsweise 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne und erarbeitete einen Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte, einschließlich Indikatoren, um Maßnahmen für eine gerechtere und inklusivere Arbeit zu verstärken. Die IAO hob den Konsultationsprozess hervor, der zu diesem Plan geführt hatte, sowie die dreigliedrige Vereinbarung, die in Porto unterzeichnet worden war.

Auf dem Seminar wurde die Situation in Portugal erläutert, darunter auch die Herausforderungen einer sinkenden Geburtsrate, einer nachlassenden Abdeckung durch Tarifverhandlungen sowie die Schwächung von Tarifverhandlungen, des Vertretungsmonopols von Gewerkschaften und von Tarifverträgen. Das Seminar befasste sich auch mit der Einschränkung des Streikrechts, darunter die Ausweitung von Sektoren mit Mindestdienstleistungsanforderungen und längere Ankündigungsfristen für Streiks.

5.4.3 Herausforderungen für Wohlfahrtstaaten

Die Teilnehmer:innen des Seminars ermittelten und sprachen über die Herausforderungen für Wohlfahrtstaaten im Hinblick auf die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Die europäische Säule sozialer Rechte wurde bereits vor der Coronapandemie geschaffen und das Seminar befasste sich mit der Frage, ob sie an die neuen Möglichkeiten des Arbeitens nach der Pandemie angepasst werden kann. Es wurde auch über den Einfluss von Demografie und Digitalisierung gesprochen, einschließlich der Frage, ob Roboter Sozialversicherungsbeiträge zahlen sollten.

Auf dem Seminar wurde zudem das mangelnde Wissen über die soziale Sicherheit bei jungen Menschen und die Zusammenhänge zwischen der Geschichte der sozialen Sicherheit und der europäischen Säule sozialer Rechte hervorgehoben. Es wurde die Notwendigkeit zur Schaffung von Bedingungen für die Beteiligung neuer Generationen an der Gewerkschaftsbewegung besprochen und die Wichtigkeit junger Generationen, die die Initiative ergreifen, betont, da die Alterung der Bevölkerung sonst zu einer Ermüdung von Kampagnen führt.

5.4.4 Die Zukunft der Sozialschutzsysteme

Das Seminar befasste sich mit zukünftigen Sozialschutzsystemen und mit der Frage, wie deren Beständigkeit gefördert werden kann. Die Teilnehmer:innen sprachen über die Idee, dass die soziale Sicherheit mit einer Abdeckung auf einem Allzeithoch besser denn je funktioniert und dass das System ausgeweitet wird, um seine Ziele zu erreichen. Die Herausforderung besteht darin, dieses System und seine universelle Abdeckung mit Solidarität und Universalität als primärer Logik aufrechtzuerhalten. Es wurde auch über das demografische Problem niedriger Geburtsraten, insbesondere in Portugal, gesprochen. Die Teilnehmer:innen betonten die Wichtigkeit der Zahl der Arbeitnehmer:innen, ungeachtet ihrer Herkunft, und der Ausgeglichenheit zwischen den Parteien, was die Arbeitswelt stärker betrifft als die Regierung. Auf dem Seminar wurde zudem über die geteilte Finanzierung des Sozialschutzes durch die Arbeitnehmer:innen und Unternehmen diskutiert sowie über die Fähigkeit der Regierung, mehr Einkommensteuern als Unternehmensteuern zu erhalten. Es wurde die Position von Gewerkschaften in Bezug auf die europäische Säule sozialer Rechte besprochen, mit dem Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Armut auf europäischer Ebene, was das Hauptziel der Säule ist. Die Teilnehmer:innen befassten sich mit dem Problem der Nutzung von Indikatoren als Umsetzungsgarantie und dem Ziel der Verringerung von Armut (mit dem Ziel der Verringerung von Armut unter Arbeitnehmer:innen bis 2030). Auf dem Seminar wurde vorgeschlagen, die Bekämpfung

von Armut auf europäischer Ebene zu intensivieren und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem der soziale Dialog auf nationaler und europäischer Ebene gestärkt wird.

Es wurden auch Vorschläge der spezifischen Ausschüsse des belgischen christlichen Gewerkschaftsbundes besprochen (CSC), die soziale Absicherung auszuweiten, einschließlich der Jugendautonomiezulage, des Schutzes der sozialen Sicherheit für Wanderarbeitnehmer:innen (undokumentierte Migrant:innen) und der finanziellen und sozioökologischen Nachhaltigkeit der sozialen Sicherheit. Auf dem Seminar wurde die Notwendigkeit für junge Menschen betont, die soziale Sicherheit besser zu verstehen, und hervorgehoben, dass junge Menschen im Zentrum der Vorschläge stehen. Das Seminar befasste sich auch mit den Mitteln und Ansätzen, die von Gewerkschaften eingesetzt werden, um schwer zu erreichende Zielgruppen zu mobilisieren und ihre Beteiligung am sozialen Dialog und der Politik sicherzustellen.

5.4.5 Der soziale Dialog: schwieriges Zusammenspiel zwischen nationalen und europäischen Ebenen

Der europäische soziale Dialog kann nur erfolgreich sein, wenn auch der nationale soziale Dialog gut funktioniert. In dieser Hinsicht ist im Rahmen des Europäischen Semesters eine deutlichere Formulierung erforderlich. Die Einbindung der nationalen Sozialpartner sollte gefördert werden.

Europäische Rahmenvereinbarungen sind Hilfsmittel, die auf nationaler Ebene Fortschritte bewirken können. Die nationalen Kulturen von Arbeit und Arbeitsbeziehungen stellen für die Schaffung europäischer Rahmenvereinbarungen Herausforderungen dar. Diese Unterschiede müssen anerkannt werden, um die Formulierung von europäischen Rahmenvereinbarungen zu fördern. Kollektive Intelligenz muss eingesetzt werden, um Probleme gemeinsam lösen zu können, da jeder davon betroffen ist. Probleme, die die Arbeit in spezifischen europäischen Mitgliedstaaten be-

treffen, sollten von allen Mitgliedstaaten und Sozialpartnern gemeinsam angegangen werden.

Auf Unternehmensebene lassen sich die Erfolgsfaktoren für eine Rahmenvereinbarung folgendermaßen zusammenfassen: viel Pädagogik, Einbindung und Unterstützung aus dem mittleren Management, realistische und erreichbare Ziele und Vorwegnahme der Komplexität des Hilfsmittels vor Ort. In Bezug auf europäische Vereinbarungen ist es wichtig, über die Texte hinaus zu blicken und zu sehen, welche Maßnahmen ergriffen werden.

5.4.6 Schlussfolgerung

Die Europäische Union hat erfolgreich ein Sozialmodell geschaffen, das auf wirtschaftlichem Wachstum basiert und den Menschen soziale Rechte gewährt. Damit die sozialen Rechte auch weiterhin in der EU gewährleistet werden können und ihre Abdeckung verbessert werden kann, besteht die Herausforderung darin, dass sie gestärkt werden muss, um verschiedene Krisen (Umweltkrisen, demografische Krisen, geopolitische Krisen usw.) bewältigen zu können.

Zwei grundlegende Achsen müssen bei den Überlegungen zu diesen Fragen berücksichtigt werden.

Die zentrale Bedeutung von Arbeit in unseren Gesellschaften. Der Grundsatz, dass Arbeit keine Ware, sondern ein Menschenrecht ist, wie es in der Erklärung von Philadelphia aus dem Jahr 1944 ratifiziert wurde, ist entscheidend.

Ein sozialdemokratischer Staat ist für den Schutz der Bürger:innen essenziell. Dies bricht mit der Vorstellung einer minimalistischen Auffassung des Staates. Die hoheitlichen (z. B. Verteidigung) und sozialen Funktionen des Staates sind kompatibel und verstärken sich gegenseitig.

Themen wie Arbeit und Sozialschutz sind oft heikel, wenn sie in der Politik diskutiert werden. Es ist wichtig, Mythen und Ängste abzubauen, die das Handeln der Regierung, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft einschränken könnten, indem sie sie und die Bürger:innen verwirren. Es ist immer wichtig, sich daran zu erinnern, dass es keine Wirtschaft ohne Arbeitnehmer:innen und keinen Sozialstaat ohne Teilhabe und Bürgerschaft gibt. Arbeitsrechte sind nicht auf Arbeit und berufliche Tätigkeiten beschränkt, sondern beziehen sich auf die Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind.

6 ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNG

Die Einbindung der (europäischen und nationalen) Sozialpartner in das Europäische Semester und in zentrale politische Projekte ist ein wichtiges Thema für die EU-Institutionen, insbesondere seit der Initiative „Neustart für den sozialen Dialog“, die von der Kommission unter Juncker ins Leben gerufen wurde. Alle neueren Analysen sind sich jedoch einig, dass die Verfahren des sozialen Dialogs und die Einbindung der Sozialpartner in die Umsetzung europäischer politischer Projekte auf nationaler Ebene uneinheitlich sind und dass die Teilhabe der Sozialpartner und die Mechanismen des sozialen Dialogs im Governance-Rahmen des Semesters noch verbessert werden können. Offizielle Diskurse und politische Dokumente unterstützen die Idee einer besseren Einbindung des sozialen Dialogs und der Teilhabe der Sozialpartner, es fehlen aber noch immer formale Verbindungen zwischen den Strukturen des sozialen Dialogs und dem Semesterrahmen. Auf die Frage, wie diese Verbindungen hergestellt werden können, gab es bisher kaum Antworten. Die Untersuchung von drei politischen Projekten im Rahmen dieses Berichts hat gezeigt, dass die Qualität und der Zeitpunkt der Einbindung sowie die Auswirkungen der Ergebnisse, die von den Sozialpartnern und den Strukturen des sozialen Dialogs erwartet werden können, die wichtigsten Faktoren sind. Um die Einbindung der Sozialpartner in die Erarbeitung zentraler politischer Projekte und in ihre Umsetzung zu gewährleisten, müssen die Strukturen des sozialen Dialogs in den derzeitigen Modus der europäischen Governance mit dem Fokus auf das Europäische Semester einbezogen werden.

7 REFERENZEN

Bongardt, A., & Torres, F. (2022). The European Green Deal: More than an Exit Strategy to the Pandemic Crisis, a Building Block of a Sustainable European Economic Model*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 60(1), S. 170-185. <https://doi.org/10.1111/jcms.13264>.

Contreras, R. R., & Sanz, P. (2022). Involvement of social partners in the national recovery and resilience plans. *Eurofound*, S. 48.

Creel, J., Leron, N., Saraceno, F., & Ragot, X. (2021). Embedding the recovery and resilience facility into the European Semester: Macroeconomic coordination gains and democratic limits. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3969081>.

Eurofound (o. D.). Capacity building. Eurofound. Abgerufen am 12. Mai 2022 von <https://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/industrial-relations-dictionary/capacity-building>.

Eurofound (Hrsg.). (2018). Annual review of working life 2017. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Europäische Kommission (2016). New Start for Social Dialogue – One year on [Fact Sheet].

Europäische Kommission (2021). European Social Dialogue Newsletter Nr. 12.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2021). Resolution: Involvement of Organised Civil Society in the National Recovery and Resilience Plans – What works and what does not? Basierend auf Konsultationen in den 27 Mitgliedstaaten.

Europäischer Gewerkschaftsbund (2021). ETUC position: A Just Transition Legal Framework to complement the Fit for 55 package. Verabschiedet auf der Sitzung des Exekutivausschusses vom 8.-9. Dezember 2021.

Europäischer Gewerkschaftsbund, BusinessEurope, SME United, & SGI Europe (2020). European social partners' joint contribution. Bericht von Andrea Nahles zum sozialen Dialog.

Hyman, R. (2011). Trade Unions, Lisbon and Europe 2020: From Dream to Nightmare. SSRN Electronic Journal. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1974970>.

Internationales Arbeitsamt (2022). Social Dialogue Report 2022. Collective bargaining for an inclusive, sustainable and resilient recovery.

Lapeyre, J. (2018). The European social dialogue: The history of a social innovation. etui.org/sites/default/files/Social-dialogue-Lapeyre-WEB.pdf.

Nahles, A. (2021). Report on Strengthening EU Social Dialogue.

Papadopoulos, Y., & Piattoni, S. (2019). The European Semester: Democratic Weaknesses as Limits to Learning. *European Policy Analysis*, 5(1), S. 58-79. <https://doi.org/10.1002/epa2.1060>.

Pochet, P., & Degryse, C. (2016). Dialogue social européen: Une relance 'de la dernière chance'? OSE Paper Series, S. 17.

Rainone, S. (2020). An Overview of the 2020-2021 Country-Specific Recommendations (CSRs) in the Social Field: The Impact of COVID-19. ETUI. <https://www.ssrn.com/abstract=4078000>.

Rodríguez Contreras, R. (5. März 2022). Resumed EU Semester calls for better involvement of the social partners in implementing recovery and resilience plans. Eurofound. eurofound.link/ef22054

Sabato, S. (2020). Opening up the European Semester? Trade unions between 'Brussels' and domestic politics: Final report of the INVOTUNES project (S. 37). Europäische Soziale Beobachtungsstelle.

Sabato, S., & Fronteddu, B. (2020). A socially just transition through the European Green Deal? SSRN Electronic Journal. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3699367>.

Sabato, S., Ghailani, D., Pena-Casas, R., Spasova, S., Corti, F., & Vanhercke, B. (2018). Implementing the European Pillar of Social Rights: What is needed to guarantee a positive social impact. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Sabato, S., & Mandelli, M. (2021). Chapter 6 Integrating the Sustainable Development Goals into the European Semester: A governance conundrum for the von der Leyen Commission? In Social Policy in the European Union: State of play 2020. Facing the pandemic (S. 113-132). Europäisches Gewerkschaftsinstitut und Europäische Soziale Beobachtungsstelle.

Soder, M., Niedermoser, K., & Theine, H. (2018). Beyond growth: New alliances for socio-ecological transformation in Austria. *Globalizations*, 15(4), S. 520-535. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1454680>.

Thomas, A., & Pulignano, V. (2021). Challenges and Prospects for Trade Union Environmentalism. In N. Rätzzel, D. Stevis, & D. Uzzell (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies* (S. 517-538). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_22.

Vanhercke, B., & Verdun, A. (2022). The European Semester as Goldilocks: Macroeconomic Policy Coordination and the Recovery and Resilience Facility. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 60(1), S. 204-223. <https://doi.org/10.1111/jcms.13267>.

Vanheuverzwijn, P., & Crespy, A. (2018). Macro-economic coordination and elusive ownership in the European Union. *Public Administration*, 96(3), S. 578-593. <https://doi.org/10.1111/padm.12413>.

Verdun, A., & Zeitlin, J. (2018). Introduction: The European Semester as a new architecture of EU socioeconomic governance in theory and practice. *Journal of European Public Policy*, 25(2), S. 137-148. <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1363807>.

Vesan, P., Corti, F., & Sabato, S. (2021). The European Commission's entrepreneurship and the social dimension of the European Semester: From the European Pillar of Social Rights to the Covid-19 pandemic. *Comparative European Politics*, 19(3), S. 277-295. <https://doi.org/10.1057/s41295-020-00227-0>.